

FORENA-Diskussionspapier #2/2022

Autoren: Rainer Roeser und Alexander Häusler

Die Positionen der AfD zum Putin-Regime und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

Düsseldorf, 14.04.2022

Inhalt

Summary	3
Einleitung.....	3
1. Von der West-Orientierung zum Pro-Putin-Kurs	4
1.1 „Transatlantiker“ Lucke in der Kritik	4
1.2 Programmatik der AfD	6
1.3 Rückgriff auf Bismarck.....	7
2. Ideologische Gemeinsamkeiten	8
3. Russische Achse	9
3.1 Kontakte	9
3.2 Der Fall Frohnmaier	10
3.3 Russlanddeutsche in der AfD	11
4. Die AfD und der Krieg.....	12
4.1 Differenzen in der Partei	12
4.2 Bundestagsfraktion	14
4.3 Innerparteiliche Hoffnungen	14
5. Abschließende Hinweise	15
Zu den Autoren	16

Summary

In dem vorliegenden Forena-Diskussionspapier wird das Verhältnis der AfD zum autoritären russischen Putin-Regime beschrieben und politisch eingeordnet. Zunächst werden die veränderten innerparteilichen Haltungen zum russischen Regime seit der Parteigründung der AfD beschrieben. Herausgestellt wird hierbei, dass in der politischen AfD-Frühphase eine antidemokratische Bismarck-Verehrung zunehmend maßgeblich den veränderten Russland-Kurs beeinflusst hat.

In einem weiteren Schritt werden politische Gemeinsamkeiten zwischen der AfD und dem Putin-Regime aufgezeigt.

Daran anschließend wird der Aufbau einer „russische Achse“ der AfD beschrieben und anhand einer Beschreibung von beispielhaften personellen Aktivitäten Verbindungslinien verdeutlicht. Ein weiteres Augenmerk wird hierbei auf die innerparteiliche Strömung der Russlanddeutschen in der AfD gerichtet.

Des Weiteren werden die innerparteilichen Haltungen und Kontroversen zum Kriegsgeschehen in der Ukraine beschrieben.

Abschließende kurze Hinweise sollen die Wichtigkeit des Themas für die öffentliche Debatte im Kontext bevorstehender Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verdeutlichen.

Einleitung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein bedrohliches und niederschmetterndes Ereignis, das die europäische Nachkriegs- und Friedensordnung infrage stellt und Fragen nach der weiteren Entwicklung der Europäischen Union nach sich zieht. Innerhalb der EU sind Rechtsaußenparteien mit antieuropäischer Stoßrichtung stark geworden. Ihre antieuropäische Ausrichtung verknüpfen sie mit antidemokratischen Ansichten. Im Vorfeld des Krieges ist das russische Putin-Regime von vielen Rechtsaußenparteien als eine Art von Bollwerk gegen die verhasste liberale Modern hofiert worden.

Die extreme Rechte in Deutschland hat keine einheitliche Haltung hinsichtlich des russischen Angriffskrieges entwickelt: So bekunden etwa Neonazis im Umfeld der Jungen Nationalisten sowie der Partei Der III. Weg Sympathien und Unterstützung des rechtsextremen ukrainischen Regiments Asow, während andere extreme Rechte wie die Freien Sachsen zur Unterstützung des Putin-Regimes mobilisieren. Militarismus, soldatisch-gewaltstrotzende Männlichkeitsbilder sowie Hass auf Liberalismus sind verbindende Merkmale, die für extrem rechts orientierte Personen und Gruppen auf beiden Seiten der Kriegsparteien anziehende Anknüpfungsmöglichkeiten bieten.

Mehrheitlich jedoch lassen sich im Rechtaußenspektrum hierzulande – von den Neonazis über sog. Identitäre und Reichsbürger*innen bis hin sog. Querdenker*innen – Sympathien für die reaktionäre und autoritaristische Putin-Propaganda feststellen. Putin gilt dort spektrumsübergreifend als Sinnbild für einen reaktionären Autoritarismus gegen Liberalisierung, gesellschaftliche Vielfalt und kosmopolitisch-demokratische Universalisierungsbestrebungen.

Die hiesige extreme Rechte fasziniert an Putin dessen antiwestliche und antiliberale Haltung sowie dessen Verklärung des autoritär-zaristischen Großmachtstrebens. Ursachen für solcherlei Sympathiebekundungen lassen sich zurückverfolgen bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts. Schon die präfaschistischen Vordenker in den Kreisen der sog. Konservativen Revolution in der frühen Weimarer Zeit sahen im zaristischen Russland ein Bollwerk gegen die verhasste westliche Liberalisierung. Seitens der russischen Rechten wiederum wird ebenfalls positiver Bezug auf die extrem rechte Ideologie in Westeuropa genommen: So schwärmt der skurrile russische Rechtsaußen-Ideologe und Neofaschist Alexander Dugin vom Ideengebäude der Konservativen Revolution und versucht, dieses zur Rechtfertigung ei-

ner eurasischen Geopolitik in antiwestlicher Stoßrichtung dienlich zu machen.¹ Dugin, der als intellektueller Stichwortgeber Putins gilt, teilt mit dem russischen Präsidenten Geschichtsverklärung und imperialistischen Großmachtmilitarismus mit antiamerikanischer und antikommunistischer Stoßrichtung.

Während der Antibolschewismus schon in den 1930er Jahren maßgebend für die faschistische Propaganda gewesen ist, macht auch Putin heute noch Lenin für die Ablösung der Ukraine aus dem Verbund mit Russland verantwortlich, dessen Größe und reaktionäre Ausrichtung unter dem Zarismus er wiederherzustellen bemüht ist.

Das Putin-Regime unterstützt Rechtsaußenparteien in Europa mit dem Ziel, einen Keil in die Europäische Union zu treiben. Auch die einflussreichste Rechtsaußenpartei in Deutschland, die AfD weist deutliche Sympathien für das Putin-Regime auf. Die AfD hat sich im Laufe ihres politischen Werdegangs immer mehr den Positionen des Putin-Lagers angenähert – einhergehend mit einer innerparteilichen Radikalisierung nach rechts. Sowohl die AfD als auch ihre Jugendorganisation Junge Alternative (JA) sind mittlerweile vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft worden und dürfen laut Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln durch den Inlandsgeheimdienst beobachtet werden. Eine Klage der Partei gegen diese Einstufung wurde abgewiesen.² Die AfD-Sympathiebekundungen für das Putin-Regime sind zugleich Sinnbild für deren antidemokratische Stoßrichtung: Autoritätsfixierte Bewunderung eines sich soldatisch-männlich und durchsetzungsstark gebärdenden Autokraten paart sich dort mit gemeinsamen rechtsidentitären antiliberalen Gesellschaftsbildern. Die Sehnsucht der deutschen Rechten nach Macht, Autorität und Handlungsgewalt erhält Gewicht und Anerkennung durch Unterstützungs- und Verbrüderungsgeboten seitens des Putin-Regimes.

Die medial zutage tretende grausam kriegerische Konsequenz solcher politischen Haltungen demaskiert die antihumanitären Leidenschaften der Putin-Verehrer in der AfD. Dies ist der Grund dafür, dass aktuell im Kontext der kriegerischen Eskalation sowohl die AfD wie auch andere westeuropäischen Rechtsaußenparteien ihre politischen Positionen zu diesem Thema unter den Tisch zu kehren versuchen. Mit der folgenden Darstellung soll versucht werden, dieser politischen Verschleierung Fakten entgegen zu setzen.

1. Von der West-Orientierung zum Pro-Putin-Kurs

1.1 „Transatlantiker“ Lucke in der Kritik

Früh entbrannte in der noch jungen AfD der Streit über die außenpolitische Orientierung und ihre Positionierung zwischen den USA und Russland. Parteigründer Bernd Lucke versuchte, die AfD auf einem „transatlantischen“ Kurs zu halten. Im Rückblick monierte er 2015 in seiner Austrittsbegründung eine sich in der AfD ausbreitende „antiwestliche, dezidiert prorussische außen- und sicherheitspolitische Orientierung, die sich in schmähernder und jedes vernünftige Maß übersteigender Kritik an den USA äußert, während gleichzeitig die russische Politik vehement verteidigt wird“.³

Einen Bündnispartner für seine Westorientierung hatte er in den Monaten vor seinem Austritt in Hans-Olaf Henkel gefunden, dem früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und späteren stellvertretenden AfD-Bundessprecher. In der Diskussion über das europäisch-us-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP etwa sprach sich Henkel dafür

1 Micha Brumlik: Der russische Faschist Alexander Dugin: Der Philosoph hinter Putin, taz vom 04.03.2022, <https://taz.de/De-russische-Faschist-Alexander-Dugin/!5836919/> (13.04.2022)

2 <https://www.tagesschau.de/inland/analyse-afd-105.html>

3 Bernd Lucke zu seinem Austritt aus der AfD, zitiert nach: spiegel.de vom 08.07.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bernd-lucke-erklaerung-zu-austritt-aus-der-afd-a-1042734.html> (08.04.2022)

aus, neue Märkte insbesondere im Westen zu suchen: „Deutschland ist nun mal ein exportorientiertes Land wo jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt und von einem gut funktionierenden Binnenmarkt abhängig.“⁴ Wenn der EU-Binnenmarkt aber wegen einer – aus seiner Perspektive – falschen Euro-Politik schrumpfe, solle Deutschland alles Interesse daran haben, das auszugleichen. „Wir brauchen mehr, einen größeren Binnenmarkt für die deutsche mittelständische Industrie und die Arbeitsplätze. Und wo soll denn der zu finden sein? In Russland nicht. Russland ist ein wirtschaftlicher Zwerg. Der kann nur in anderen Regionen zu finden sein, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten oder Kanada.“

Doch es wurde Kritik laut, die sich zu Teilen nicht nur auf sachliche Gründe – etwa gegen die Modalitäten und intransparenten Verfahrensweisen von TTIP –, sondern auch auf einen in der deutschen Rechten tief sitzenden, prinzipiellen Antiamerikanismus stützte.

Dabei ging es neben dem Handelsabkommen schon früh in der Parteigeschichte der AfD, im Frühling und Sommer 2014, um die Position der Partei zur russischen Politik. Konkret: um die Haltung der AfD zu Putins Politik in der Ukraine und auf der Krim. Im März 2014, kurz nach der russischen Annexion der Krim, hatte ein Bundesparteitag eine Resolution beschlossen, in der betont wurde: „In dieser instabilen Lage ist es von größter Bedeutung, keine Sanktionen zu verhängen und keine weiteren Maßnahmen der Eingliederung der Ukraine oder Teilen davon in die EU oder in die Russische Föderation zu betreiben.“⁵

Gleichwohl hatten wenige Monate später vier der sieben AfD-Mitglieder im EU-Parlament – darunter Lucke und Henkel – einen Antrag zugestimmt, der den Europäischen Rat aufforderte, weitere Sanktionen gegen

Russland auf den Weg zu bringen. Wichtigster Gegenspieler des Duos Lucke/Henkel war in diesen Monaten Alexander Gauland, damals stellvertretender Bundessprecher der AfD, Landesvorsitzender in Brandenburg und Spitzenkandidat für die im Herbst 2014 dort anstehende Landtagswahl.

Gauland hatte zwar im Frühjahr 2014 konzediert, dass die Annexion der Krim zweifellos ein „völkerrechtswidriger“ Akt gewesen sei, aber hinzugefügt, „die Legitimität eines Handelns“ könne „anders beurteilt werden als seine Legalität“.⁶ Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, nannte er „Kernzelle des russischen Reiches“. Sie könne Russland ebenso wenig gleichgültig sein wie Sewastopol.

In der Auseinandersetzung über das Abstimmungsverhalten der vier AfD-Europaabgeordneten deutete Gauland gar die Möglichkeit einer Spaltung der Partei an und drohte damit, seine Kandidatur in Brandenburg zurückzuziehen. Spaltung und Rückzug wurden schließlich vermieden – auch weil Lucke Fehler in seiner Vorgehensweise eingeräumt hatte: Der AfD-Vorstand war nicht über die bevorstehende Abstimmung informiert worden. In der Sache aber blieben die AfD-internen Befürworter von Sanktionen hart. Henkel erklärte gegenüber der FAZ, es sei ihm „leicht gefallen“ für die Sanktionen zu stimmen, weil es nicht um Wirtschaftssanktionen, sondern um Maßnahmen gegen „korrupte Personen“ im Umfeld des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegangen sei.⁷ Zudem habe sich seit dem Parteitagebeschluss „viel getan“, was auch den Russlandfreunden in seiner Partei nicht entgangen sein könne.

4 Tost, Daniel: Henkel: „Die AfD hat keinen Beschluss zu TTIP“, Euractiv vom 17.09.2014,

<https://www.euractiv.de/section/europawahlen/interview/henkel-die-afd-hat-keinen-beschluss-zu-ttip/> (08.04.2022)

5 Sagener, Nicole: Streit um Russland spaltet die AfD, Euractiv vom 21.08.2014, <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/streit-um-russland-spaltet-die-afd/> (08.04.2022)

6 Bender, Justus: AfD-Sprecher Gauland äußert Verständnis für Russland, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.2014,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/nach-annexion-der-krim-afd-sprecher-gauland-aeussert-verstaendnis-fuer-russland-12859603.html> (08.04.2022)

7 Bender, Justus: Putin spaltet die AfD, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.2014,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/streit-ueber-russland-politik-putin-spaltet-die-afd-13106247.html> (08.04.2022)

1.2 Programmatik der AfD

In der Programmatik der AfD nehmen außenpolitische Aussagen in den letzten Jahren einen deutlich zunehmenden Raum ein. Das erste Dokument der noch jungen Partei, das vom Gründungsparteitag am 14. April 2013 beschlossene Programm zur Bundestagswahl, hatte Außenpolitik, abgesehen von europa- und währungspolitischen Fragen, überhaupt nicht erwähnt.⁸

In den „Politischen Leitlinien der Alternative für Deutschland“, die im Frühjahr 2014 in einer Online-Abstimmung der Mitglieder eine breite Mehrheit fanden, bekannte sich die AfD in einem kurzen Absatz zu einer „Westbindung Deutschlands“. Die Mitgliedschaft in der NATO gewährleiste „sicherheitspolitisch unsere Freiheit und verschafft uns die Möglichkeit, außenpolitisch unsere eigenen Interessen zu wahren. Wir respektieren die bestehenden internationalen Verträge und werden den vereinbarten Bündnisverpflichtungen im Rahmen des Verteidigungsauftrages des Grundgesetzes nachkommen“.⁹

Erstmals ausdrücklich erwähnt wurde Russland im Grundsatzprogramm der AfD, das bei einem Parteitag am 30. April und 1. Mai in Stuttgart beschlossen wurde. Dort heißt es: „Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen.“¹⁰

Ausführlicher wurde die Partei in ihrem Programm zur Europawahl 2019¹¹: „Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit

sowohl mit den USA als auch mit Russland. Die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten sind dabei zu berücksichtigen“, hieß es dort. Die AfD setze sich für die Achtung des Völkerrechts und dabei insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Gleichzeitig fordere sie die Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten durch andere Mächte und nicht-staatliche Akteure. Speziell zu Russland erklärte die AfD: „Die historischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland gebieten einen gegenseitigen Interessenausgleich, der dem Wohle aller europäischen Völker diene.“ Nur unter Einbeziehung Russlands sei eine stabile Friedensordnung in Europa denkbar.

Und: „Die gegen Russland verhängten Sanktionen sehen wir als nicht zielführend an. Die AfD setzt sich für deren Abschaffung und eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland ein. Wir befürworten eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und unterstützen die Erweiterung der bestehenden Gas-Pipeline in der Ostsee (Nord Stream 2) zwischen Russland und Deutschland unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit der mittelosteuropäischen Länder.“ Dadurch werde die Gasversorgung Deutschlands und die seiner europäischen Partner auf eine breitere Basis gestellt.

Ähnlich äußerte sich die AfD in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021.¹² „Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland.“ Dabei seien die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten zu berücksichtigen. Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland sei Voraussetzung für

8 AfD: Wahlprogramm – Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013, zitiert nach Abgeordnetenwatch, https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/election-program-files/afd_1.pdf (08.04.2022)

9 AfD: Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf, S. 8, (08.04.2022)

10 AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf, S. 31 (08.04.2022)

11 AfD: Europawahlprogramm – Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf, S. 17f (08.04.2022)

12 AfD: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 62ff (08.04.2022)

einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liege im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, erklärte die AfD und plädierte für die Wiederaufnahme regelmäßiger Gespräche im Rahmen des NATO-Russland-Rats. Die Erweiterung und Vertiefung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle und der Verzicht auf den Ausbau militärischer Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Interessenbereiche sollten der Entspannung dienen. „Die AfD tritt für die Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland ein.“

Mit jenen Sanktionen setzten sich auch diverse Landesverbände der AfD in ihren Programmen zu den jeweiligen Landtagswahlen auseinander, insbesondere die ostdeutschen. Sachsens AfD forderte in ihrem „Regierungsprogramm“ für die 2019 beginnende Wahlperiode ein Ende der „einseitige[n] Sanktionspolitik gegen Russland“. ¹³ Brandenburgs AfD verlangte im selben Jahr, „die überzogene Sanktionspolitik gegen Russland [...] schnellstmöglich [zu] beenden und somit unsere Unternehmen [zu] stärken“. ¹⁴ Die Sanktionspolitik der EU sei vollständig gescheitert. „Es ist nicht im Interesse Brandenburgs, dass eine erfolglose und die Wirtschaft des Landes schädigende Politik fortgesetzt wird.“ Thüringens AfD begründete – ebenfalls 2019 – ihre Forderung nach einer „schnellstmögliche[n] Beendigung der Russland-Sanktionen“ damit, dass sie die Exportchancen der Unternehmen fördern wolle ¹⁵: „Auf diese Weise möchten wir die traditionelle Ostorientierung der Thüringer Wirtschaft zum beiderseitigen Vorteil

Thüringens und der osteuropäischen Volkswirtschaften nutzen.“ Und Sachsen-Anhalts AfD rief 2021 zu „Handel und Freundschaft mit Russland!“ auf. ¹⁶ „Wir fordern daher die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die politisch falsch sowie ineffektiv sind und in erster Linie unsere heimische Wirtschaft schädigen.“

1.3 Rückgriff auf Bismarck

„Es gibt bei uns Transatlantiker und Leute wie mich, die sagen: Diese Epoche ist 1990 zu Ende gegangen, und wir begingen damals den großen Fehler, den Russen kein Angebot gemacht zu haben“, sagte Gauland, als in der noch jungen AfD über deren außenpolitische Orientierung gestritten wurde. ¹⁷ Der Westen sei vielmehr froh gewesen, dass der einstige Feind von schweren inneren Konflikten erschüttert machtpolitisch fürs Erste außer Gefecht gesetzt war, so Gauland. Der AfD-Vize war der Autor eines im September 2013 veröffentlichten „Thesenpapier[s] zur Außenpolitik“, das mit seinem Plädoyer für ein neues außenpolitisches Selbstbewusstsein Deutschlands einerseits viele Elemente der an der Parteibasis herrschenden prorussischen Stimmung aufnahm, andererseits aber auch die außenpolitische Umorientierung der Partei vorantrieb. ¹⁸

„Wir wollen die westliche Sicherheitsarchitektur beibehalten und betrachten die USA als den entscheidenden Anker dieser Architektur“, erklärte Gauland. Das dürfe Deutschland allerdings nicht daran hindern, „Grenz- und Regelüberschreitungen der USA“ diplomatisch und rechtlich entgegenzutreten. Die Idee, die EU könne eine Weltmacht sein, lehnte er ab und forderte neben der

13 AfD Sachsen: Regierungsprogramm Sachsen, <https://www.afdsachsen.de/regierungsprogramm-sachsen/> (08.04.2022)

14 AfD Brandenburg: Landtagswahlprogramm für Brandenburg, https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm_Brandenburg_2019_ohne_kapitelbilder_kommentare_acc2144-01-06-19-final.pdf, S. 62 (08.04.2022)

15 AfD Thüringen: Meine Heimat Thüringen – Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/178/2019/09/Wahlprogramm_AfD_Thu%CC%88ringen_2019_Online-Fassung-final_gesichert.pdf, S. 38 (08.04.2022)

16 AfD Sachsen-Anhalt: Alles für unsere Heimat! Programm der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021,

https://cdn.afd.tools/sites/88/2021/05/24220650/Programm-LAVO_Druck_social-media.pdf, S. 27 (08.04.2022)

17 Lachmann, Günther: AfD über Russland zerstritten, Hamburger Abendblatt vom 21.08.2014, <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article131436906/AfD-ueber-Russland-zerstritten.html> (08.04.2022)

18 Zitate in den folgenden vier Absätzen nach: Helmut Kellershohn: AfD-Sondierungen (4) **Außenpolitische Sandkastenspiele - Die Russlandfrage aus der Sicht der jungkonservativen Neuen Rechte, vom 30.06.2015**, <https://www.diss-duisburg.de/2015/06/helmut-kellershohn-afd-sondierungen-4/> (08.04.2022), sowie: Lehming, Malte: Was AfD und Linke verbindet, Der Tagesspiegel vom 05.02.2014, <https://www.tagesspiegel.de/meinung/alternative-fuer-deutschland-was-afd-und-linke-verbindet/9436088.html> (10.04.2022)

„Auflösung des bestehenden Euro-Währungsgebietes“ die Beschränkung der EU auf den gemeinsamen Binnenmarkt und die Renationalisierung solcher Kompetenzen, die „für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes nicht unbedingt erforderlich“ seien.

Ausführlich ging Gauland auf das Verhältnis zu Russland ein. „Wir Deutschen vergessen manchmal, dass Russland an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte positiv Pate gestanden und Preußen vor dem Untergang bewahrt hat.“ Die Bismarcksche Reichseinigung und die deutsche Wiedervereinigung seien ohne Zutun Russlands bzw. der Sowjetunion nicht denkbar gewesen.

Vor diesem historischen Hintergrund seien die Beziehungen zu Russland einer „sorgfältige[n] Pflege wert“. Gauland: „Deutschland und Europa haben kein Interesse an einer weiteren Schwächung Russland[s] und damit auch des ganzen euroasiatischen Raumes.“ Eine weitere Annäherung der (europäischen) Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion an die EU dürfe daher „nur mit äußerster Vorsicht und unter Wahrung der Empfindlichkeiten Russlands“ betrieben werden. Russland habe die „Loslösung des ‚heiligen Kiew‘“¹⁹, der „Keimzelle Russlands“, nie verwunden. „Das ist auch schwer vorstellbar, da diese Trennung nur vergleichbar ist mit der Abtrennung Aachens oder Kölns von Deutschland“, so Gauland.

Gauland betonte das Selbstbestimmungsrecht der „ehemals zum russischen Reich gehörenden Völker und Nationen“; das müsse aber auch dann gelten, falls „die Ukraine und Weißrussland in den russischen Orbit zurückkehren“ wollten. Zudem erinnert er daran, dass die russische Seite „auf westliche Vorschläge oft aggressiv abwehrend reagiere“, weil sie mit Recht am „Wert westlicher Zusagen“ zweifle. „Das Verhältnis zu Russland sollte uns immer eine sorgfältige Pflege wert sein“, schrieb Gauland fort und forderte: „Trotz einer veränderten Weltlage und des geringeren Gewichtes

aller europäischen Staaten, sollten Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Russland gepflegt werden.“

2. Ideologische Gemeinsamkeiten

„Unsere Russlandpolitik hat eigentlich überhaupt nichts damit zu tun, dass wir – was uns immer wieder unterstellt wird – für Herrn Putin sind und sein autoritäres Regime“, erklärte Gauland im Vorfeld der Bundestagswahl 2017.²⁰ Doch tatsächlich sind es nicht allein geostrategische Überlegungen und historische Bezugspunkte, wie Gauland sie in seinem „Thesenpapier zur Außenpolitik“ skizziert hatte, die viele AfD-Mitglieder stabil an die Seite Putins brachten. Mindestens ebenso bedeutsam war und ist für sie ein sie leitender prinzipieller Antiamerikanismus sowie die Überzeugung, dass Putins Politik des gesellschaftlichen Antiliberalismus sehr viel mit ihren eigenen Auffassungen zu tun hat.

Dazu gehören Antifeminismus und Homophobie, wahlweise gestützt auf die Bewahrung traditioneller Werte oder auf den Erhalt der Familie. Dazu gehört eine Grundsympathie für einen Präsidenten, der sein Land autoritär – AfD-Anhänger würden das Wort „straff“ bevorzugen – führt, während die westliche Führung ihnen verweichlicht, ja degeneriert erscheint. Hinzu kommt eine weitere Grundsympathie: die zum Führer eines Landes, der Nationalismus zur Staatstugend macht und die EU unterminiert, wo er nur kann. Und schließlich teilen zahlreiche AfD-Anhänger Putins Verachtung für oppositionelle Medien, unabhängige Gerichte und eine demokratische Zivilgesellschaft.

In großen Teilen der europäischen Rechten fällt es auf fruchtbaren Boden, wenn Putin dem Westen vorwirft, die eigenen „Wurzeln abzulehnen, einschließlich der

¹⁹ also die Unabhängigkeit der Ukraine

²⁰ Die Welt: Für Putins „autoritäres Regime“? Gauland und Weidel widersprechen, Die Welt vom 24.08.2017,

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article167950323/Fuer-Putins-autoritaeres-Regime-Gauland-und-Weidel-widersprechen.html> (08.04.2022)

christlichen Werte, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden“.²¹ Die westlichen „Eliten“, so Putin, würden „moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und selbst sexuelle“, verleugnen. „Sie setzen eine Politik durch, die die Familie mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleichsetzt, den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan.“ Den „sogenannten Multikulturalismus“ nannte er ein „in vielerlei Hinsicht künstlich eingepflanztes Modell“. Die Parallelität zur Weltsicht nicht weniger AfD-Mitglieder und -Anhänger ist rasch erkennbar.

3. Russische Achse

Ermutigt durch den außenpolitischen Wandel der AfD und unterstützt durch die zumindest partielle Parallelität politischer Grundüberzeugungen und Interessen bildete sich eine Achse zwischen AfD-Politikern und russischer Politik. Dabei war die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil. Der russischen Seite bot sich die Möglichkeit, „Kronzeugen“ für ihre Politik aus dem westlichen Ausland präsentieren zu können und zugleich ein Ansatz, durch eine Stärkung deutscher und anderer europäischer Rechtsaußen deutsche und EU-Politik zu destabilisieren. Auf der anderen Seite konnte die AfD außenpolitische Bedeutsamkeit suggerieren.

3.1 Kontakte

„Türöffner“ für die Kontakte zwischen höherrangigen AfDlern und russischen Vertretern war Alexander Gauland, der bereits im September 2014 in der russischen Botschaft mit Diplomaten Moskaus sprach. Im Jahr darauf lud die russische Stiftung „Saint Basil the Great Charitable Foundation“ Gauland (damals Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landesparlament)

und weitere AfD-Abgeordnete nach St. Petersburg ein.²² Initiator der Stiftung war der Oligarch Konstantin Malofejew. Gesprächspartner Gaulands waren unter anderem ein führender Politiker der Putin-Partei „Einiges Russland“, Andrej Klimkow, der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses in der Duma, sowie der neofaschistische Ideologe Alexander Dugin.

Weitere Kontakte in Russland, auf der Krim und in der Ost-Ukraine folgten im Lauf der Jahre. Eine Auswahl:

- Marcus Pretzell, damals AfD-Landesvorsitzender in NRW, reiste im April 2016 zum „Yalta International Forum“, finanziert von einer russischen Stiftung, die die Krim wirtschaftlich unterstützen soll.²³ Mit von der Partie war Markus Frohnmaier, der damalige Vorsitzende der „Jungen Alternative“.
- In Moskau war im Februar 2017 die damalige AfD-Ko-Vorsitzende Frauke Petry zu Gast. Eingeladen hatte die Bezirksregierung Moskau. Auf dem Programm stand u.a. ein Gespräch mit dem Duma-Präsidenten Wjatscheslaw Wolodin, der Mitglied der Putin-Partei „Einiges Russland“ ist, dessen Stellvertreter Pjotr Tolstoi und dem Vorsitzenden der rechtsradikalen „Liberaldemokraten“, Wladimir Schirinowski.²⁴
- Mehrere AfD-Politiker flogen etwas mehr als ein Jahr darauf, eingeladen vom Kreml, zur Präsidentschaftswahl nach Russland. Als „Wahlbe-

21 Zitiert nach: Bidder, Benjamin: Vereint gegen liberale Werte: Wie Russland den rechten Rand in Europa inspiriert und fördert, Bundeszentrale für politische Bildung vom 24.07.2017, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/253039/vereint-gegen-liberale-werte-wie-russland-den-rechten-rand-in-europa-inspiriert-und-foerdert/> (08.04.2022)

22 Weiland, Severin: Wie die AfD mit Russland liebäugelt, Der Spiegel vom 18.12.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-vize-alexander-gauland-will-kein-geld-von-russland-a-1067703.html> (08.04.2022)

23 Becker, Sven, und Amann, Melanie: Russische Stiftung bezahlte Krimreise von AfD-Politiker Pretzell, Der Spiegel vom 21.01.2017, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/marcus-pretzell-russische-stiftung-bezahlte-krimreise-des-afd-politikers-a-1130921.html> (08.04.2022)

24 Die Zeit: Petry spricht mit russischem Radikalen, Die Zeit vom 21.02.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/afd-frauke-petry-russland-rechtspopulisten-duma-wjatscheslaw-wolodin> (08.04.2022)

obachter“ erneut mit dabei: Markus Frohnmaier, der zwischenzeitlich zum Bundestagsabgeordneten aufgestiegen war. Er twitterte: „Wir machen uns ein Bild davon, dass alles fair und demokratisch abläuft.“²⁵

- Zur „Wahlbeobachtung“ reiste ebenfalls 2018 Gunnar Lindemann, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, in den von prorussischen Separatisten beherrschten Donbass. Sein Fazit: Die Wahl sei „vernünftig und ordnungsgemäß abgelaufen“.
- Gleich zwei Mal war zuletzt Ko-Bundessprecher Tino Chrupalla in den letzten Monaten in Moskau zu Gast. Im Dezember 2020 wurde er dabei auch von Außenminister Sergej Lawrow empfangen.²⁶ „Wir schätzen Ihren Beitrag sehr für die Unterstützung unserer Beziehungen, die ein Überdenken und vielleicht, wie es heute heißt, einen Neustart brauchen“, lobte Lawrow seinen Gast. Russland sei, so der Außenminister, „in Kontakt mit allen gewichtigen politischen Kräften in Deutschland, insbesondere auch der AfD, die die größte Oppositionskraft im Bundestag ist“.
- Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel besuchte im März 2021 mit zwei weiteren Abgeordneten Moskau. Unter anderem standen Treffen mit Mitarbeitern des Außenministeriums und der Zentralbank, Abgeordneten der Duma und Wirtschaftsvertretern auf dem Programm.²⁷

- Im Juni 2021 trat Chrupalla als Redner bei einer vom russischen Verteidigungsministerium organisierten „Moskauer Konferenz für Internationale Sicherheit“ (MCIS) auf, wo er als einer der „herausragenden Politiker“ Deutschlands begrüßt wurde.²⁸ In seiner Rede zum Tagesordnungspunkt „**Information security: problems and solutions**“ sagte er unter anderem: „Nach dem Zweiten Weltkrieg traf die psychologische Kriegsführung der Alliierten (besonders von Seiten der Amerikaner) dann die Deutschen. Die 'Reeducation' hatte nachhaltige Auswirkungen auf unsere nationale Identität und Kultur.“²⁹

3.2 Der Fall Frohnmaier

Neben Alexander Gauland war Markus Frohnmaier, von 2015 bis Februar 2018 Vorsitzender der „Jungen Alternative“ und seit Herbst 2017 Bundestagsabgeordneter, einer jener AfD-Politiker, die früh Kontakte zur Russischen Föderation vorantrieben – und das nicht zuletzt wegen der weiter oben beschriebenen ideologischen Gemeinsamkeiten. „In Osteuropa“, sagte er einmal, seien noch christliche Werte auffindbar: „Die Familie und die Nation haben dort einen anderen Stellenwert.“³⁰ Als „Wahlbeobachter“ zu Putins Wiederwahl 2018 nach Russland gereist, erklärte er: „Ich bin der Meinung, dass ein multiethnisches, multireligiöses Land wie Russland, das in den 90er Jahren große Veränderungen erlebt hat, Stabilität braucht, und die kann dieser Präsident geben.“³¹

25 Stoll, Ulrich, Pölit, Tonja, Bartz, Joachim: AfD und Linke: Putin-Versteher in Deutschland, ZDF vom 29.03.2022, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-afd-linke-ukraine-krieg-russland-100.html> (08.04.2022)

26 Die Zeit: Sergej Lawrow fordert bei Treffen mit AfD einen "Neustart", vom 08.12.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/russland-afd-moskau-sergej-lawrow-tino-chrupalla> (09.04.2022)

27 Die Zeit: Alice Weidel reist mit AfD-Kollegen nach Russland, vom 09.03.2021, <https://www.zeit.de/politik/2021-03/afd-moskau-besuch-russland-alice-weidel-peter-bystron-robbly-schlund> (09.04.2022)

28 Sächsische Zeitung: So lief Chrupallas Moskau-Mission, vom 24.06.2021, <https://www.saechsische.de/politik/parteien/afd/afd-chrupalla-moskau-russland-putin-5470683.html> ()

29 Gensing, Patrick, Stöber Silvia: In autoritärer Gesellschaft, Tagesschau vom 27.07.2021, <https://www.tagesschau.de/ausland/afd-bolsonaro-syrien-russland-101.html> (09.04.2022)

30 Gürgen, Malene, Jakob, Christian, und am Orde, Sabine: Putins blaue Helfer, die tageszeitung vom 11.03.2019, <https://taz.de/Russland-und-die-AfD/!5579084/> (09.04.2022)

31 Merkur.de: Europas Rechtspopulisten feiern Putins Sieg - bis auf Polen, vom 19.03.2018, <https://www.merkur.de/politik/afd-front-national-co-europas-rechtspopulisten-feiern-putins-sieg-bis-auf-polen-zr-9707508.html> (09.04.2022)

An seinem Beispiel zeigte sich auch, wie das Zusammenspiel zwischen deutschen und russischen Akteuren funktionierte, wie die russische Seite ihre Gesprächspartner einschätzte, sie zu beeinflussen und zu fördern versuchte. „Spiegel“, ZDF, BBC und „La Repubblica“ berichteten Anfang April 2019 über ein Strategiepapier, das wenige Monate vor der Bundestagswahl in der außenpolitischen Abteilung der russischen Präsidentschaft eingegangen war. Darin wurden Möglichkeiten der Einflussnahme in Ländern der EU erörtert, etwa die Organisation von Veranstaltungen, Medienkampagnen sowie die Vernetzung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa.³²

Ein eigenes Kapitel war der Bundestagswahl 2017 gewidmet. Als einen aussichtsreichen Kandidaten, der bereits intensive Kontakte nach Russland pflegte, hatten die Autoren Frohnmaier ausgemacht. Sie empfahlen, ihn zu unterstützen, damit er später im Bundestag Moskauer Interessen vertreten könne: „Er wird ein unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter im Bundestag sein.“ Zugleich wurde in dem Strategiepapier ein Konzept für seinen Wahlkampf angekündigt. Tatsächlich existiert ein Entwurf eines „Aktionsplans“ für Frohnmaiers Wahlkampagne, in dem für „materielle und mediale Unterstützung“ geworben und im Gegenzug versprochen wird, dass der Kandidat sich als Bundestagsabgeordneter nach Kräften für die Themen Moskaus einsetzen werde.

Frohnmaier dementierte, dass er Autor dieses „Aktionsplans“ gewesen sei. Von russischer Seite habe er nie Unterstützung bekommen. Auch habe er „weder in dieser noch vergleichbarer Form Unterstützung finanzieller oder medialer Art in Kreisen der russischen Politik, Wirtschaft oder Zivil erbeten“.

32 Amann, Melanie, Heffner, Stephan, Knobbe, Martin, Müller, Ann-Katrin, Puhl, Jan, Rosenbach, Marcel, Sarovic, Alexander, Schmitt, Jörg, Wiedmann-Schmidt, Wolf, Zeller, Anika: Wie Putin die AfD für seine Zwecke benutzt, Der Spiegel vom 05.04.2019, <https://www.spiegel.de/politik/wie-putin-die-afd-fuer-seine-zwecke-missbraucht-a-00000000-0002-0001-0000-000163279501> (09.04.2022)

3.3 Russlanddeutsche in der AfD

Als Apologeten russischer Politik tun sich regelmäßig Politiker hervor, die sich als Vertreter der Russlanddeutschen in der AfD verstehen. Schon Waldemar Herdt, von 2017 bis 2021 Bundestagsabgeordneter der AfD, hatte sich höchst anerkennend über den russischen Präsidenten geäußert. Unter Jelzin habe Chaos geherrscht, die Russen hätten sich gehasst, zitierte ihn die taz: „Putin aber hat ihnen die Würde zurückgegeben. Sie sind jetzt stolz, Russen zu sein. Und auf einmal sind die Straßen wieder sauber, die Häuser sehen ganz anders aus, die Wirtschaft steigt auf.“³³

In der laufenden Wahlperiode tritt der nordrhein-westfälische Abgeordnete Eugen Schmidt als Vertreter russlanddeutscher AfDler im Bundestag auf. Eineinhalb Wochen nach Kriegsbeginn sagte er in einem Interview mit einem russischen Medium: „Es gibt keine Demokratie in Deutschland. Das heißt, es wird eine einheitliche Meinung aufgedrängt, und zwar von der regierenden Elite, und alle anderen politischen Meinungen werden mit allen möglichen Mitteln unterdrückt: im Internet, in den Medien, unter anderem auch durch körperliche Übergriffe auf Andersdenkende.“³⁴ Zudem sei es „illusorisch“ zu glauben, dass Gerichte in Deutschland faire und gesetzeskonforme Urteile fällen würden. Einer Recherche des ARD-Magazins „Kontraste“ zufolge verbreitete Schmidt seine Unterstellung einer staatlichen Lenkung der deutschen Medien auch in einem Interview mit dem Propagandasender des russischen Verteidigungsministeriums, „Zvezda“: Am zweiten Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine erklärt er dort: „Die Medien werden in Deutschland selbstverständlich komplett von der Regierung kontrolliert. Alternative, oppositionelle Meinungen sind nicht vertreten.“

33 Gürgen, Malene, Jakob, Christian, und am Orde, Sabine: Putins blaue Helfer, die tageszeitung vom 11.03.2019, <https://taz.de/Russland-und-die-AfD/!5579084/> (09.04.2022)

34 Becker, Andrea, Heil, Georg: Putins Propagandist im Bundestag, Tagesschau vom 10.03.2022, <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-ukraine-russland-101.html> (09.04.2022)

4. Die AfD und der Krieg

4.1 Differenzen in der Partei

Unmittelbar vor dem russischen Überfall und während der ersten Kriegstage waren deutliche Differenzen in der Partei deutlich geworden.³⁵ Eine Gruppe rund um den Verteidigungspolitiker und Ex-Oberst Rüdiger Lucassen ging sehr früh und deutlich auf Distanz zu Russland.³⁶ „Das aggressive Verhalten der Russischen Föderation in der letzten Woche und die rücksichtslosen und respektlosen gestrigen Äußerungen Wladimir Putins gegenüber souveränen Nationalstaaten sind mit keinen russischen Sicherheitsinteressen zu rechtfertigen“, erklärte er zwei Tage vor dem russischen Überfall. Die AfD lehne die Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten strikt ab. „Militärische Angriffskriege als Mittel der internationalen Politik sind mit dem Grundsatzprogramm der AfD unvereinbar.“ In einer „Sprechempfehlung“ schrieb Lucassen neun Tage später: „Die alleinige Verantwortung für die Opfer des Krieges trägt der russische Präsident.“³⁷ Schwere Fehler, die der Westen in der Vergangenheit in den Beziehungen zur Russischen Föderation begangen habe, seien mit Putins Invasionsbefehl in den Hintergrund getreten. Nicht verhandelbar sei die nationale Souveränität der Ukraine, die auch im deutschen Interesse liege. Lucassen schloss sogar deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine nicht aus: „Über deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine müssen die Abgeordneten des

Deutschen Bundestages als Gewissensentscheidung und ohne Fraktionszwang entscheiden.“ Putin, so Lucassen, argumentiere nicht mehr mit russischen Sicherheitsinteressen, sondern „anhand einer unklaren Idee eines russischen Imperiums“. Er habe „die europäische Friedensordnung zerstört“.

Ein größerer Teil der Partei freilich gruppierte sich um Bundessprecher Tino Chrupalla, der die Invasion zwar klar verurteilt hatte („Der Angriff Russlands ist durch nichts gerechtfertigt“), in seiner Kritik an Moskau aber dennoch eher zurückhaltend blieb – was wie ein Bemühen wirkte, sich von Russlands Krieg zu distanzieren, andererseits aber Putins Verantwortung zu relativieren. Für dieses Lager stand beispielsweise auch Petr Bystron, der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, der einerseits – scheinbar deutlich – betonte: „Russland ist der Aggressor, und daran gibt es nichts zu deuteln“, andererseits aber kurz darauf erklärte: „Deutschland hat eine Mitverantwortung an der Eskalation der Lage.“

In der Fraktion musste sich Chrupalla wiederholt der Kritik erwehren. Debatten hatte es insbesondere nach seiner Rede bei einer Sondersitzung des Bundestags am 27. Februar gegeben.

Zwar hatte er sich „bestürzt“ über Russlands Angriff auf die Ukraine gezeigt, aber auch erklärt: „Schuldzuweisungen und Schuldzuschreibungen erzeugen keine Lösungen, sondern heizen den Konflikt immer weiter an.“ Rechtfertigen musste er sich auch für seine Aussagen, Scholz reaktiviere den Kalten Krieg, es dürfe nun nicht die nächste Migrationswelle geplant werden und die AfD lehne „ein neues Wettrüsten“ ab. „Diese 100 Milliarden Euro, das ist wirklich irre“, hatte Chrupalla mit

35 Schindler, Frederik: „Wer Russlands Überfall nicht verurteilt, schadet der AfD“, Die Welt vom 07.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237375831/Ukraine-So-streitet-die-AfD-ueber-russische-Propaganda-und-Sanktionen-gegen-Putin.html> (09.04.2022)

Stern: Diskussionen über Russland-Politik spalten AfD und Linke, vom 02.03.2022, <https://www.stern.de/politik/afd-und-die-linke--position-gegenueber-russland-spaltet-die-parteien-31668164.html> (09.04.2022)

Riebe, Jan: AfD auf Positionssuche, Belltower News vom 25.02.2022, <https://www.belltower.news/krieg-in-der-ukraine-afd-auf-positionssuche-128415/> (09.04.2022)

36 Rüdiger Lucassen: Zur Rede des russischen Präsidenten, vom 22.02.2022, <https://www.facebook.com/ruedigerlucassenmdb/posts/4752362698214203> (09.04.2022)

37 Rüdiger Lucassen: Sprechempfehlung zum Ukraine-Krieg, dokumentiert bei: Abakus News vom 05.03.2022, <https://abakusdotnews.wordpress.com/2022/03/05/afd-ukraine-krieg-schlagt-den-putin-verstehern-empfindlich-auf-die-umfragewerte-lucassen-prescht-mit-sprachempfehlung-vor/> (09.04.2022)

Blick auf das angekündigte Sondervermögen für die Bundeswehr gesagt, während die Fraktion eigentlich gefordert hatte, eine Stärkung der Bundeswehr zu verlangen.

Dabei sind die Auseinandersetzungen über die Positionierung zum Krieg in der Ukraine auch Teil des Machtkampfs innerhalb der AfD, die im Juni einen neuen Bundesvorstand wählt. Insbesondere ein Kreis um die Bundestagsabgeordneten Lucassen, Joachim Wundrak und Joana Cotar versucht, Chrupalla zu schwächen und damit auch dessen Chancen beim bevorstehenden Bundesparteitag zu mindern.

Schließlich meldete sich immer wieder eine dritte Gruppe zu Wort: Politiker*innen, deren Treue zu Putin auch durch dessen Kriegsvorbereitungen und schließlich den Überfall auf die Ukraine nicht tangiert ist. Zum Beispiel Gunnar Lindemann, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, der Mitte Februar, als Putin die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk anerkannte, auf Twitter Aufnahmen von einem Feuerwerk postete. Einen Monat später bedauerte er bei einer Veranstaltung zwar die Toten des Krieges, beteuerte aber, Russland versuche alles, um zivile Opfer zu vermeiden und führe in erster Linie „chirurgische Angriffe“ auf militärische Ziele.³⁸

Der Thüringer Landtagsabgeordnete Thomas Rudy erklärte zwei Tage vor dem russischen Überfall, „Nationalsozialisten und Faschisten“ hätten in der Ukraine das „Regime“ übernommen. Wenige Tage nach Kriegsbeginn notierte er: „Es war immer der Westen, der den Hasardeuren in Kiew den Rücken gestärkt hat und so eine Lösung des Konflikts verhindert hat.“ Der Text hatte die Überschrift „Welche Rolle spielt die jüdische

Komponente im Ukraine-Konflikt?“ Fakt sei, so schrieb Rudy, „dass die Ukraine von khasarischen Juden beherrscht wird, Politiker und Oligarchen“. Es sei „mit Juden/Khasaren dasselbe wie mit jeder Ethnie: Wenige Prozent sind abgrundtief schlechte Charaktere, machtgerige Psychopathen. Das Problem ist nur, dass diese skrupellosen Schurken es geschafft haben, überall Positionen zu erobern, die es ihnen erlauben, den 95 Prozent anständigen Menschen ihre kriegerische Agenda aufzuzwingen“.³⁹

Derweil kommentierte Hans-Thomas Tillschneider, Mitglied des Landtags in Magdeburg, bei Twitter die Tagesschau-Meldung „Russland greift an“ mit den Worten: „Falsch. Rußland wehrt sich!“⁴⁰ Er rief zur „Freundschaft mit Russland“ auf. Zudem meinte er: „Wer ohne zu müssen jetzt Wucherpreise fürs Gas zahlt, weil unsere Regierung meint, die Interessen der USA statt die Interessen des deutschen Volks verteidigen zu müssen, dem ist nicht mehr zu helfen.“ Bei einer Demonstration erklärte er am 28. Februar: „Wladimir Putin verteidigt russische Interessen, und das ist sein gutes Recht.“

Manche AfD-Politiker folgten der Moskauer Propaganda bis in die Wortwahl. Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau jubelte: „Die Ukraine wird entnazifiziert!“⁴¹ Gunnar Lindemann kommentierte einen russischen Bombenangriff auf ein Kinderkrankenhaus in Mariupol mit den Worten: „Ohne Patienten. Dafür mit rechtsextremen Asov-Kämpfern.“⁴²

38 Hoffmeister, Helge, Müller, Ann-Katrin, Röbel, Sven, und Wiedmann-Schmidt, Wolf: Putins nützliche Idioten, Der Spiegel vom 24.03.2022,

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-verbindungen-der-afd-putins-nuetzliche-idioten-a-64cfd8f3-2735-4047-857b-0249940ad8cb> (09.04.2022)

39 Wierzioch, Bastian: Verfassungsschutz-Chef bezeichnet AfD als "Multiplikator russischer Propaganda", MDR vom 17.03.2022, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/verfassungsschutz-falschmeldung-ukraine-afd-100.html> (09.04.2022)

40 Dankbar, Joachim: Bayreuther AfD-Mann als Putin-Versteher, Neue Presse vom 24.02.2022, [https://www.np-](https://www.np-coburg.de/inhalt.auf-einer-linie-mit-bjoern-hoecke-bayreuther-afd-mann-als-putin-versteher.147166bc-0479-4da6-b26b-ffc7fb29d76d.html)

[coburg.de/inhalt.auf-einer-linie-mit-bjoern-hoecke-bayreuther-afd-mann-als-putin-versteher.147166bc-0479-4da6-b26b-ffc7fb29d76d.html](https://www.np-coburg.de/inhalt.auf-einer-linie-mit-bjoern-hoecke-bayreuther-afd-mann-als-putin-versteher.147166bc-0479-4da6-b26b-ffc7fb29d76d.html) (09.04.2022)

41 Argüeso, Olaya, Bensmann, Marcus, und Joeres, Annika: Russlands Krieg entlarvt Europas Rechte, Correctiv vom 28.02.2022, <https://correctiv.org/aktuelles/2022/02/28/russlands-krieg-entlarvt-europas-rechte/> (09.04.2022)

42 Joswig, Gareth: Wie hältst du's mit Russland?, die tageszeitung vom 29.03.2022, <https://taz.de/Die-AfD-und-der-Krieg-in-der-Ukraine/!5844230/> (09.04.2022)

Der Bundestagsabgeordnete Robert Farle kritisierte eine „seit Jahren betriebene Putin-Hetze in den westlichen Staatsmedien“.⁴³ Farle: „Die Medienmacher, die in den letzten zwei Jahren eine Angst-, Panikmache betrieben haben, wollen uns jetzt in einen Konflikt mit Russland aufhetzen.“

4.2 Bundestagsfraktion

Nach internen Auseinandersetzungen einigte sich die Bundestagsfraktion auf eine gemeinsame Stellungnahme zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Bei einer Klausurtagung im thüringischen Oberhof beschlossen die Abgeordneten am 10. März – bei nur einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen, wie es hieß – ein Positionspapier zum Thema.⁴⁴ „Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen“, erklärte die Fraktion. Die AfD trauere „mit den Familien der gefallenen Soldaten und der zivilen Opfer beider Seiten“. Vom russischen Präsidenten fordere man „ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen“. Die Fraktion sprach sich zudem für die Entsendung einer „VN/OSZE-Friedenstruppe“ in die Ukraine aus.

Zur Hilfe für Geflüchtete hieß es, man unterstütze die Anrainerstaaten und die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen. Und zur Aufnahme in Deutschland: „Wir sind für die temporäre Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt.“

Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete lehnte die AfD „grundsätzlich“ mit der Begründung ab, dass sie zu einer Eskalation beitragen würden. Auch gegen Wirtschaftssanktionen sprachen sich die Abgeordneten aus. Sie befürworteten lediglich Sanktionen „gegen

Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges“. An Nord Stream II wollte die Fraktion festhalten, „da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist“.

An der Vielstimmigkeit in der AfD konnte freilich auch dieser Kompromiss nichts ändern. Deutlich wurde dies zuletzt, als Fraktionsmitglieder innerparteiliche Gegner mit Sanktionen überziehen wollten. Auf der einen Seite stand der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Kleinwächter, auf der anderen Seite eine Gruppe um den Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Kleinwächter forderte eine Ordnungsmaßnahme gegen Kotré, weil dieser durch „wahrheitswidrige Argumente, die die Propaganda des russischen Präsidenten wiedergeben“, das Auftreten der AfD als „seriöse politische Kraft“ gefährdet habe.⁴⁵ Kotré hatte im Bundestag von „Biowaffenlaboren“ der Ukraine gesprochen. Umgekehrt forderten Kotré und 17 weitere Abgeordnete ein Einschreiten der Fraktion gegen Kleinwächter. Einerseits, weil er im Europarat für den Ausschluss Russlands aus dem Gremium plädiert und gestimmt hatte, andererseits, weil er sich öffentlich von Kotrés „Biowaffen“-Rede abgesetzt hatte. „Ich distanziere mich in aller Entschiedenheit von der widerlichen Putin-Propaganda, die Steffen Kotré heute im Bundestag verbreitet hat“ hatte Kleinwächter auf Twitter geschrieben.

4.3 Innerparteiliche Hoffnungen

Innenpolitisch hofft die AfD, als Folge des Kriegs insbesondere auf zwei Feldern punkten zu können: militär- und rüstungspolitisch sowie in ihrer Ablehnung von Klima- und Umweltschutz.

43 Stoll, Ulrich, Pölit, Tonja, und Bartz, Joachim: AfD und Linke: Putin-Versteher in Deutschland, zdfheute vom 29.03.2022, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-afd-linke-ukraine-krieg-russland-100.html> (09.04.2022)

44 AfD-Bundestagsfraktion: Für Frieden in der Ukraine! Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion zum Russland-Ukraine-

Krieg, <https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/> (09.04.2022)

45 RedaktionsNetzwerk Deutschland: Weil er gegen Russland stimmte: AfD-Abgeordnete wollen Fraktionskollegen rügen, vom 04.04.2022, <https://www.rnd.de/politik/streit-wegen-russland-afd-abgeordnete-wollen-fraktionskollegen-ruegen-YD6DJWOO6KCM6DLYO6BHMT2BOY.html> (09.04.2022)

„Putins Krieg weckt Deutschland aus dem Schlaf des naiven Pazifismus“, meinte Lucassen und freute sich, dass die Bundesregierung nun den „Wiederaufbau“ der Bundeswehr einleite.⁴⁶ Seiner Meinung nach geht es um eine „Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“, für die auch die Wehrpflicht reaktiviert werden müsse.

Sylvia Limmer, energiepolitische Sprecherin der AfD im EU-Parlament und Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, erklärte, gerade auch in der Energiepolitik habe sich Deutschland in den letzten Jahren von der Realpolitik entfernt. Limmer: „Die sogenannte Energiewende mit ihrer mit milliardenhohen Steuergeldern subventionierten und volatilen Form der Energieerzeugung generiert genau die Abhängigkeiten – gerade auch von Russland –, die uns jetzt auf die Füße fallen.“⁴⁷ Energiepolitisch souverän sei Deutschland nur, wenn es über eine eigene ausreichende, grundlastfähige Energieerzeugung verfüge. Limmer: „Deshalb sagen wir Ja zu Kernkraft, Ja zur Kohle – zumindest vorübergehend!“ Schon im Positionspapier der Bundestagsfraktion hieß es: „Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.“ Dabei hofft die AfD, insbesondere von der Furcht vor einer durch die hohen Energiepreise getriebenen Inflation politisch profitieren zu können.

5. Abschließende Hinweise

Die Haltung der AfD als der hierzulande einflussreichsten extrem rechts ausgerichteten Partei sowie die Sympathien vieler weiterer Rechtsaußenparteien in Europa zum autoritären Putin-Regime stellen eine Gefahr für die Demokratie und für die europäische Ordnung dar.

Als Problem für den Umgang mit rechtspopulistischer und rechtsextremer Demokratiefeindlichkeit muss problematisiert werden, dass die realpolitischen Folgen solcher antidemokratischen Huldigungen bislang noch nicht ausreichend herausgestellt und kommuniziert worden sind. Sinnbildlich dafür steht der Einzug der französischen Rechtsextremistin Marine Le Pen in die Stichwahl zur Präsidentschaftswahl, der ihre Putin-Kontakte und Huldigungen des Autokraten offensichtlich nicht geschadet hatten. So konnte mit dem schlichten Einstampfen von Werbeflyern mit einem Aufdruck eines gemeinsamen Bildes von Putin und Le Pen zugleich das für die rechtsextreme Partei brisante Thema aus der Wahlkampfdebatte genommen werden.

Auch in Deutschland stehen aktuell Landtagswahlen an, zu denen im Schatten des Krieges Wahlkampf gemacht wird. Jedoch erfährt die AfD bislang trotz Putin-Verherrlichung und skandalöser Auftritte von AfD-Kommunalpolitikern aus dem Kreis der Russlanddeutschen bislang noch in Umfragen keinen starken Einbruch in der Wähler*innengunst.⁴⁸ Erforderlich wäre hier eine umfassende und systematisch geführte Debatte über das Staats- und Demokratieverständnis der AfD anhand von deren Positionen zum Krieg und zum Putin-Regime.

Die aktuellen Bedrohungen der Demokratie in Europa zeigen sich nicht nur von außen, wie es im aktuellen Kriegsgeschehen drastisch sichtbar wird. Auch von innen her stellen in den einzelnen demokratisch verfassten Staaten Demokratieverdrossenheit, autoritäre Sehnsüchte und rechte Hetze substantielle Gefahren für das demokratische Zusammenleben dar.

Die Notwendigkeit zur politischen Selbstvergewisserung über Voraussetzungen für Frieden, Freiheit und

46 Rüdiger Lucassen: Scholz erfüllt AfD-Kernforderung – Reaktivierung der Wehrpflicht muss folgen, vom 28.02.2022, <https://afdbundestag.de/ruediger-lucassen-scholz-erfuellt-afd-kernforderung-reaktivierung-der-wehrpflicht-muss-folg/> (09.04.2022)

47 Sylvia Limmer: Realität holt grüne Klimaschutzminister ein, Presseportal vom 28.02.2022, <https://www.presseportal.de/pm/110332/5158506> (09.04.2022)

48 Neuer Eklat um Krefelder AfD-Politiker Eugen Walter, Rheinische Post online vom 11.04.2022, https://rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/krefeld-neuer-eklat-um-afd-politiker-eugen-walter_aid-68003789 (09.04.2022)

soziale Sicherheit beinhaltet zugleich auch eine eindeutige Grenzziehung gegenüber autoritär-populistischen Kräften.

Zu den Autoren

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (www.forena.de)

Rainer Roeser ist freier Journalist und freier Mitarbeiter von Forena.
Das Urheberrecht liegt bei den jeweiligen Autor*innen.

Diskussionspapiere von FORENA dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden oder abgeschlossenen Arbeiten am Forschungsschwerpunkt.

Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte anregen und befördern.

Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem FORENA Working Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen. Diskussionspapiere, die von FORENA herausgegeben werden, geben die Ansichten des*/der* jeweiligen Autor*in wieder, nicht jedoch die von FORENA als Einrichtung.